Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

14.02.2012

BAGFW-Fachtagung Migration und Behinderung › Wege der interkulturellen Öffnung

Dokumentation der gemeinsamen Fachtagung mit den Behindertenverbänden zu Wegen kultureller Öffnung - Gemeinsame Erklärung zur interkulturellen Öffung verabschiedet

Abschlussbericht

BAGFW und Fachverbände für Menschen mit Behinderung haben die "Gemeinsame Erklärung zur interkulturellen Öffnung und zur kultursensiblen Arbeit für und mit Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund" verabschiedet.

Die Erklärung sowie der Tagungsbericht stehen auch in Leichter Sprache zur Verfügung. Diese können auch über das Zeichen für Leichte Sprache auf der Startseite direkt abgerufen werden. Diesbezüglich wird um Beachtung der folgenden rechtlichen Hinweise wird gebeten:

Hinweise des Übersetzungsbüros Leichte Sprache des AWO

Bundesverbandes e. V.:

- Die Übersetzung der Texte erfolgt nach den Regeln für Leichte Sprache des Netzwerks Leichte Sprache.
- Wir weisen darauf hin, dass Inhalt, Text, Bilder und Grafiken ggfs. dem Schutz des Urheberrechts und anderer Schutzgesetze unterliegen. Sie dürfen daher nicht ohne ausdrückliche Zustimmung verändert werden.
- Die Abbildungen sind von Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V.. Der AWO Bundesverband e.V. hat die Abdruckrechte daran.
- Eine Verwendung oder Weitergabe dieser Dokumente an Dritte darf nur vollständig und unverändert unter Angabe der Quelle erfolgen.
- Wir bitten zu beachten, dass die vom Büro Leichte Sprache übersetzten juristischen Texte lediglich zur sprachlichen Erläuterung der rechtsverbindlichen Originalfassung dienen sollen; selbst jedoch keinerlei Anspruch auf rechtlichen Bestand erheben. Rechtsverbindlich sind nur die (unterzeichneten) Originaltexte.

Tagungsbericht

Die Veranstaltung war in vielfacher Hinsicht erst- und einmalig. Denn es war die erste gemeinsame Fachtagung der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Fachverbände für Menschen mit Behinderung. Hierdurch trafen die beiden bisher eher unabhängig voneinander

agierenden Arbeitsfelder „Migration“ und „Behinderung“ aufeinander, um sich gemeinsam mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund, Handlungsbedarfen und Lösungsansätzen zu beschäftigen.

Die niedersächsische Landesvertretung, in der zeitgleich die Ausstellung „1000 und eine Heimat“ gezeigt wurde, erwies sich als geeigneter Rahmen für das Thema und die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Diese waren sich am Ende einig, dass es insbesondere auf der praktischen Ebene großen Handlungsbedarf gibt. Der Tagungsbeobachter Markus Schnapka fasste es am Ende so zusammen: „Ein verdrängtes Thema wird aktuell“.

Als Schirmherrin der Veranstaltung konnte Aygül Özkan, Sozialministerin des Landes Niedersachsen, gewonnen werden. Da sie selbst leider verhindert war, wurde sie von Gabriele Erpenbeck, Leiterin der Abteilung Integration und Generationen, vertreten, die den Teilnehmenden die Grüße der Sozialministerin übermittelte.

Die Vizepräsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass bei der parallel stattfindenden Feier zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Vordergrund gestanden hätte. Demgegenüber würde die Fachtagung neben dem Aspekt „Migrationshintergrund“ auch den Aspekt „Behinderung“ in den Focus nehmen. Um diese beiden Bereiche zusammenzubringen, seien noch einige Aufgaben zu erledigen und auch die Verbände, so die Vizepräsidentin selbstkritisch, hätten sich bislang nicht ausreichend diesem Personenkreis zugewandt und ihre Angebote entsprechend angepasst.

Richtig aufgerüttelt wurden die rund 170 Teilnehmenden durch die Beats der "Bösen Mädchen" und der "HändiKäps" aus Berlin-Schöneberg. Mit ihren - für Fachtagungen eher ungewöhnlichen - Beiträgen, machten sie ihren Vorstellungen und Bedürfnissen von einer Welt ohne Vorurteile und Ausgrenzung Luft. Während sich die Musikgruppe "Böse Mädchen" gegen Vorurteile und für Integration einsetzt, befassen sich die "HändiKäps", eine Gruppe junger Erwachsener mit und ohne "Handicap", in ihren Liedern und Theaterstücken mit den Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderung.

Die nachfolgende Gesprächsrunde, die vier auf unterschiedlichen Ebenen tätige Akteurinnen und Akteure aus der Politik miteinander ins Gespräch brachte, hatte es schwer, an die erfrischenden Beiträge der jungen Menschen nahtlos anzuschließen. Dem Vorschlag des Moderators, Thomas Golka: „Wir singen jetzt die Beiträge", mochten die Politiker nicht so recht folgen.

Bei der Diskussion der Aktionspläne zur UN-Behindertenrechtskonvention

und zur Integration wurde festgestellt, dass dem Personenkreis, den die Fachtagung in den Fokus stellt, in den Aktionsplänen bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dabei betonten alle Gesprächsteilnehmer die Notwendigkeit und den Handlungsbedarf zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund. Beispielhaft wurde darauf hingewiesen, dass die Forderung nach deutlich weitergehender Bereitstellung von Informationen in leichter Sprache auch andere Sprachen umfassen müsse. Häufig scheitere die Inanspruchnahme von Unterstützungsangebote für Familien mit Migrationshintergrund und einem Angehörigen mit Behinderung an fehlenden bzw. nicht verständlichen Informationen. Gute Erfahrungen wurden in Stuttgart in der Integrationspolitik gemacht. Die dort ausgebildeten Elternmentoren überbrücken Sprach- und Kulturbarrieren und beraten betroffene Familien in der jeweiligen Muttersprache. Bei den Rückmeldungen aus dem Plenum wurde eindrücklich die Forderung aufgestellt, nicht immer wieder von Migranten zu sprechen, sondern von Mitbürgern. Erst dann sei ein Zusammenwachsen möglich.

Im Rahmen ihrer 2010 veröffentlichten „Kundenstudie – Unterstützes Wohnen in Berlin“ (2010)“ stellte Prof. Dr. Monika Seifert den Teil der Studie vor, der sich mit Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund befasst.

Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund sind demnach keine homogene Gruppe und ihre Lebenslagen und evtl. Teilhaberisiken daher ganz unterschiedlich ausgeprägt. Neben den Akteuren aus der Migrationsarbeit und Behindertenhilfe müssten auch weitere Akteure wie z.B. Städteplaner einbezogen werden. Die Studie zeige deutlich, dass es

notwendig sei, niedrigschwellige Kontakt- und Begegnungsstätten einzurichten, dass statt der in der Behindertenhilfe verbreiteten „Komm-Struktur“ ein Beratungsangebot im Sozialraum entwickelt werden müsse, dass eine konzeptionelle Verankerung der interkulturellen Ausrichtung von Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe erforderlich sei, dass die Selbstvertretung wo immer möglich, gestärkt werden müsse und dass zwingend die interkulturelle Kompetenz in der Ausbildung der unterschiedlichen Fachrichtungen zu verankern sei.

Zum Ende des ersten Tages berichteten Initiativen und Organisationen aus ihrer ganz praktischen Arbeit mit Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund vor Ort. Aus unterschiedlichen Richtungen gestartet und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung in ihrer Arbeit zeigten sich doch ähnliche Probleme und Schwierigkeiten bei allen. Immer wieder scheitert etwa die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten an fehlenden oder unverständlichen Informationen, fehlender Sensibilität hinsichtlich kultureller Besonderheiten bei Ansprechpersonen in den Einrichtungen und Diensten, aber auch vor allem bei Behörden und Sozialleistungsträgern sowie Sprachbarrieren.

Die gemeinsame Arbeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Behinderung und ihren Angehörigen zeige aber auch, dass man gemeinsam etwas bewirken kann und dass es weniger „große Gesten“ als vielmehr die Hartnäckigkeit der Akteure vor Ort sei, die Inklusion voranbringen.

Den zweiten Tag der Fachtagung eröffnete Prof. Dr. Clemens Dannenbeck (FH Landshut) mit einem Vortrag zum Thema "Diversity - Oder: Wie kann der Umgang mit Vielfalt gelingen?"

Prof. Dr. Dannenbeck wies u.a. darauf hin, dass die bloße Entdeckung der Zielgruppe „Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund“ nicht ausreiche, um für sie umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Inklusion verlange vielmehr eine konsequente Verabschiedung von Zielgruppenorientierung. Dagegen hätten zielgruppenspezifische Förderstrategien durchaus ihre Berechtigung. Da Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund nicht selbstverständlich dazugehören, müssten verschiedene Strategien genutzt werden, um dies zu verändern. Inklusion sei aufgrund ihrer menschenrechtlichen Begründung alternativlos.

Dr. Elke Schön, wissenschaftliche Begleitung der Migrationsprojekte der Paul-Lechler-Stiftung, zeigte anhand der von ihr begleiteten Projekte auf, wie Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund in ihrer Selbstvertretung gestärkt werden können.

Einführend wies sie darauf hin, dass Frauen und Männer mit Behinderung und Migrationshintergrund sowie ihre Angehörigen trotz bestehender Probleme tägliche enorme Selbsthilfeleistungen erbringen. Aus ihrer Sicht sei es zwingend erforderlich, dass die Gesellschaft das Empowerment von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund stärkt. Bewährt hätten sich aufgrund der Erfahrungen in den Projekten besonders Einzelberatungskonzepte wie etwa Peer Counseling und individuell gestaltete Tandembegleitungen. Zur Stärkung sozialen Empowerments hätten sich vor allem offene Gesprächsrunden, die Ausbildung von Eltern-Mentoren und die Unterstützung beim Aufbau von Selbsthilfegruppen als wirkungsvolle Instrumente erwiesen. Ohne einen Empowerment-Prozess sei eine Stärkung der Selbsthilfe nicht zu erwarten.

In fünf Foren („Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten", "Teilhabe am Arbeitsleben", "Kindheit, Jugend und Familie, "Wohnen und Leben in der Gemeinde“ sowie "Selbstvertretung, Empowerment und Peer Counseling") hatten die Teilnehmenden im Anschluss die Gelegenheit, sich auszutauschen und eigene Erfahrungen und Erkenntnisse einzubringen.

Im Rahmen des Forums zur interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Diensten wurde aufgegriffen, was bei der Tagung bereits immer wieder angeklungen war. Die Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderung müssen ihre Angebote stärker als bislang an den teilweise spezifischen Bedarfen von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund ausrichten. Wenn sie diesem Auftrag nicht nachkommen, werden sie ihrem eigenen Anspruch nach Bereitstellung von umfassenden Unterstützungsangeboten für *alle* Menschen mit Behinderung nicht gerecht. Dafür ist eine Qualifizierung von Mitarbeitenden hinsichtlich ihrer interkulturellen Kompetenz unzweifelhaft notwendig.

Wie Einrichtungen und Dienste mit diesem Auftrag umgehen, wurde stellvertretend anhand eine Projekts einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung dargestellt. In der anschließenden Diskussion war es Teilnehmenden wichtig aufzuzeigen, dass nicht alle Probleme einen kulturellen Hintergrund haben („Probleme nicht kulturalisieren“). Nach Auffassung von Teilnehmenden sei Vertrauen eine wichtige Basis für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen. Weiterhin wurde deutlich, dass es nicht ausreichend sei, lediglich Mitarbeitende mit einem Migrationshintergrund einzustellen. Die Aufgaben im Zusammenhang mit der interkulturellen Ausrichtung könnten auch nicht an einen oder wenige

Mitarbeitende delegiert werden, sondern diese müssten Auftrag aller sein.

In einigen „Blitzlichtern“ gab Tagungsbeobachter Markus Schnapka seine Eindrücke und Erkenntnisse der Tagung wieder.

Anschließend stellte Norbert Müller-Fehling, Geschäftsführer des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, die Eckpunkte einer „Gemeinsamen Erklärung“ vor, die von den Verbänden der von BAGFW und den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung erarbeitet wurden. Er erläuterte Hintergrund und Zielsetzung und stellte die baldige Veröffentlichung zwischen den Verbänden in Aussicht.

Das Schlusswort der Fachtagung fiel dem derzeit federführenden Verband der BAGFW, dem Diakonischen Werk der EKD, vertreten durch Maria Loheide, Sozialpolitischer Vorstand, zu.

Frau Loheide machte abschließend deutlich, mit welchen großen Aufgaben und Herausforderungen die volle Einbeziehung von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund verbunden ist und fasste den auf den unterschiedlichen Ebenen bestehenden Handlungsbedarf zusammen. Hierfür bedürfe es erheblicher Unterstützung aus der Politik. Außerdem seien vielfältige Initiativen in Richtung Inklusion erforderlich, die auch die Nationalen Aktionspläne ergänzen könnten. Die Verbände müssten hier weiter am Ball bleiben.

Bei der Entwicklung einer zukünftigen inklusiven Gesellschaft und einer inklusiven Angebotsstruktur sei es von zentraler Bedeutung, inwieweit es gelingt, *besonders* benachteiligte Personengruppen – und dazu gehören bspw. häufig Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund oder auch Menschen mit sehr schweren Behinderungen– einzubeziehen. Denn letztendlich seien sie der Gradmesser für das Gelingen von Inklusion.

Programmdokumentation

- 2. November 2011 -

13.30 Uhr Begrüßung

Gabriele Erpenbeck
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Leiterin der Abteilung Integration und Generationen

Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg
Vizepräsidentin der BAGFW

"Böse Mädchen", Berlin-Schöneberg

14.15 Uhr Gesprächsrunde: Querschnittsaufgaben der Aktionspläne

- Gitta Lampersbach, Abteilungsleiterin BMAS
- Andreas Germeshausen, Stellv. Integrationsbeauftragter Berlin
- Ottmar Miles-Paul, Behindertenbeauftragter Rheinland-Pfalz
- Ayse Özbabacan, Stabsabteilung Integrationspolitik, Stuttgart

16.00 Uhr Teilhabe - Migration - Behinderung

Erkenntnisse aus der Berliner "Kundenstudie"
Prof. Dr. Monika Seifert

Dokumentation

16.45 Uhr Praxisbeispiele von Menschen mit Migrationshintergrund

TIM e. V.
Präsentation

Eltern beraten Eltern e.V.

IBBC e. V.
Präsentation

Miges e. V.
Präsentation

SPKoM e. V.

Präsentation

- 3. November 2011 -

9.00 Uhr

Diversity - Oder: Wie kann der Umgang mit Vielfalt gelingen?

Prof. Dr. Clemens Dannenbeck, FH Landshut

Präsentation

Dokumentation

9.45 Uhr Wege zur Selbsthilfe und Selbstvertretung

Erkenntnisse aus dem Modellprojekt der Paul-Lechler-Stiftung

Dr. Elke Schön, Tübingen

Präsentation

11.00 Uhr Forum zu den Schwerpunkten:

F1 Interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten

F2 Teilhabe am Arbeitsleben

F3 Kindheit, Jugend und Familie

F4 Wohnen und Leben in der Gemeinde

F5 Selbstvertretung, Empowerment, Peer - counseling

Präsentation

Eindrücke und Erkenntnisse

Tagungsbeobachter Markus Schnapka, Bornheim

Präsentation

Vorstellung der "Gemeinsamen Erklärung"

Norbert Müller-Fehling, bvkm

Dokument

Vision und Auftrag

Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik

Diakonisches Werk der EKD

Dateien

Flyer_FT_Migration_und_Behinderung.pdf	1 MB
Praesentation_SEIFERT.pdf	325 KB

Praesentation_TIM.pdf 3 MB
Praesentation_IBBC.pdf 329 KB
Praesentation_Miges.pdf 119 KB
Praesentation_SPKoM.pdf 184 KB
Praesentation1_Dannenbeck.pdf 627 KB
Praesentation_Dannenbeck.pdf 91 KB
Praesentation_Schoen.pdf 245 KB
Forum5_Behinderung___Migration_Nov_2011WErthmueller.pdf 49 KB
Praesentation_Schnapka.pdf 390 KB

Zum Seitenanfang

Themen

Erwartungen zur Europawahl

Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Altenhilfe und Pflege

Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung

Betreuungsrecht

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Europa

Fachkräftesicherung

Gesundheitswesen

Kinder, Jugend, Familie und Frauen

Migration und Integration

Qualität

Qualitätsindikatoren in der stationären Pflege

Gemeinnützigkeit und Steuern

Vergaberecht

Wohlfahrt digital